Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Kaden & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 9.00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur werktags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Inseratenpreis: die 7 gespaltene Nonpareillezeile 50 Pf., darauf 40 Prozent Teuerungszuschlag, bei Familienanzeigen die Zeile 60 Pf. (ohne Zuschlag). Inserate sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 163. | Dresden, Freitag den 18. Juli 1919. | 30. Jahrg.

Bolschewist v. Oven.

(st.) Die Macht der ostelbischen Junker beruht heute nur noch in der Hörigkeit der Landarbeiter. Da auch diese nur eine freiwillige sein kann — die Revolution brachte bekanntlich die Aufhebung der Gesindeordnung — so läßt sich denken, mit welchem Mißbehagen die Agrarier die immer weiter vorwärtsschreitende Organisierung der Landarbeiter beobachteten. Man müßte die Herren schlecht kennen, wollte man glauben, daß sie es beim Beobachten genug sein ließen. Die Glorie des alten Bundes der Landwirte verblaßt vor dem Ruhme, den sich trotz seinem kurzen Bestande der sogenannte Landbund schon erworben hat. Man wird sich noch allgemein der von diesem Organisationsgebilde betriebenen „Spatenverteilung" erinnern, einer Verteilung von Handgranaten und Gewehren, deren Umfang nicht zu beurteilen aber vorsichtshalber nicht zu gering zu bewerten ist. Schon seit Wochen orakelt die von diesem Landbund beeinflußte Presse von dem großen Landarbeiterstreik, der in der Erntezeit ausbrechen und die deutsche Ernährung auf das schlimmste gefährden sollte. Es ist erwiesen, daß es sich hier um ein niederträchtiges Manöver handelt. Die Hetze richtet sich weniger gegen die Möglichkeit eines Streiks, als vielmehr gegen die Organisationen der Landarbeiter, die man mit Hilfe des Staates zertrümmern oder mindestens machtlos machen will. Damit aber beschwört man gerade die Möglichkeit eines Streiks in frevelhaftester Weise herauf, denn es läßt sich nicht annehmen, daß die Landarbeiter auf die Dauer diesem Treiben untätig zuschauen.

Die organisierten Landarbeiter denken nicht daran, die Ernte verkommen zu lassen, und nichts ist abgeschmackter als die Haltung der bürgerlichen Presse, die bei dieser Gelegenheit wieder den Allerweltspopanz „Spartakus" an die Wand malt, den man dadurch in den Geruch einer unheimlichen teuflischen Macht bringt, die die kommunistische Bewegung nicht im entferntesten besitzt. Für die Zeitungsblitze ist natürlich alles schon Bolschewismus, was irgendwie ihre Stellung als „Herren von det Janze" beeinträchtigen könnte. Sie schreien nach Belagerungszustand und Militär und zwingen damit geradezu jene Verschärfung der Lage herauf, die im Interesse der Sicherung unsrer Ernährung vermieden werden muß.

Der erste Teil ihres Programms ist ihnen gelungen. Herr von Oven hat über ganz Pommern den Belagerungszustand verhängt. Ueber die Folgen dieser Maßnahme, zu der er ohne Zustimmung des Reichswehrministers überhaupt nicht befugt war, konnte er gleich quittieren. In Stettin ist es zum Generalstreik gekommen und jegliche Arbeit ruht. Die Folgen auf dem Lande werden natürlich nicht ausbleiben und ihre Ausdehnung wird davon abhängen, wie lange Herr von Oven noch weiter in Scherben macht. Genosse Noske wird sich wahrscheinlich bald für solche Bärendienste bedanken. Den Junkern aber muß ein Strich durch die Rechnung gemacht werden. Der Belagerungszustand freilich kann ihnen passen. Es wird daselbst eine „nachlässige Art von Arbeit verboten; das Maß des nicht nachlässigen Arbeitens" wird natürlich der Junker nach seiner Willkür bemessen. Er wird die Fronpeitsche schwingen, daß es eine Lust ist. Interessant ist, daß die Landarbeiter gern gewillt sind, nach Bedarf Ueberstunden zu machen, ja, sie sind sogar bereit, die Höhe der Ueberstunden vom Betriebsleiter bestimmen zu lassen. Aber bei der Höhe der Löhne, beim Organisations- und Mitbestimmungsrecht — da sitzt der Haken! In der Verfügung des Generalkommandos Stettin heißt es weiter, daß die in einem Orte Fremden erst vom Landratsamt um die Erlaubnis der Aufenthaltsnahme anhalten müssen, was in Praxis bedeutet, daß es den Vertrauensleuten der Organisationen unmöglich ist, vermittelnd einzugreifen.

Der Herd des zu befürchtenden „Bolschewismus" auf dem Lande ist in diesem Falle das Stettiner Generalkommando, ist der gegenrevolutionäre „Landbund", und die erste Sicherung der Ernte besteht darin, Herrn v. Oben und seinen Hintermännern das Handwerk zu legen.

•

Abbau des Belagerungszustandes.

Greifswald, 17. Juli. Der für heute morgen angekündigte Beginn des Generalstreiks in Greifswald ist hinausgeschoben worden, weil vom Oberpräsidium in Stettin Maßnahmen ergriffen worden sind, welche die Aufhebung des Belagerungszustandes im Auge haben. — Vom Oberpräsidium in Stettin wird mitgeteilt, daß die Aufhebung des Belagerungszustandes im Stadtkreis Greifswald, im Landkreis Greifswald, im Landkreis Grimmen und auf der Insel Rügen binnen 24 Stunden angeordnet wird. Infolgedessen hat sich die Arbeiterschaft wieder beruhigt.

In einem gewissen Widerspruch zu diesen Meldungen aus Greifswald steht folgendes Telegramm aus Stettin, das der Dresdner Anzeiger in seinem heutigen Morgenblatt veröffentlicht:

Stettin, 18. Juli. Ueber Stettin ist der verschärfte Belagerungszustand verhängt worden.

Die erste Meldung, wonach die teilweise Aufhebung des Belagerungszustandes bereits zur Beruhigung der städtischen und ländlichen Arbeiter in den betreffenden Gebieten geführt hat, beweist, wie richtig es war, daß das Landwirtschaftsministerium sich von der Macht des Landbundes nicht einfangen ließ.

Ueber die Streiklage in Pommern

liegen heute folgende Meldungen vor, die zu der Hoffnung berechtigen, daß die schlimmste Gefahr bald überwunden sein wird.

Berlin, 17. Juli. Die Lage im Landarbeiterstreik wird, wie die V. Z. hört, in Regierungskreisen heute als günstig angesehen. Das Reichsarbeitsministerium hat dem Vernehmen nach seine Befugnisse in dieser Angelegenheit vorübergehend dem Preußischen Landwirtschaftsministerium übertragen. Die Aufhebung des Belagerungszustandes wird unmittelbar bevorstehen; ebenso ist die Inkraftsetzung des neuen Tarifs, unter Umständen auch gegen den Willen der Arbeitnehmer, in Aussicht genommen, wo sich die Notwendigkeit herausstellen sollte.

Stettin, 18. Juli. Trotz dem Streikbeschlusse der Eisenbahner konnte der Fernverkehr bis zur Stunde, wenn auch mit empfindlichen Verspätungen, aufrecht erhalten werden. Auch der Güterverkehr findet noch in vollem Umfange statt. Im Nahverkehr mußten zwar größere Einschränkungen erfolgen, doch kann von einer völligen Betriebseinschränkung nicht die Rede sein. Auch in Pasewalk, Stargard und Stralsund hat der Eisenbahnbetrieb keine nennenswerten Störungen erfahren.

Stralsund, 18. Juli. Ein neuer Landarbeitertarif ist durch beiderseitiges Entgegenkommen gestern nach zweitägigen Verhandlungen abgeschlossen worden.

•

Der Bürgerstreik

zur Abwehr des Generalstreiks hat in Stettin gestern mittag 12 Uhr begonnen. Die meisten Läden, auch die Lebensmittelgeschäfte und Kontore, sind geschlossen, ebenso sämtliche Apotheken und die Volksküchen. Auch die Aerzte verweigern die Hilfeleistung. Das Elektrizitätswerk ist im Betrieb. Dagegen gibt es weder Gas noch Leitungswasser. Die Straßenpumpen sind meist bereits leer. Der Eisenbahnverkehr geht bis jetzt noch vor sich. Auch die Postbeamten tun Dienst. Der Dampferverkehr nach den Seebädern wurde eingestellt.

In Stralsund wird der Abwehrstreik der Bürgerschaft sehr scharf durchgeführt. Telephongespräche mit Stralsund und Telegramme können nicht durchgeführt werden, da nur militärische Gespräche mit Stralsund zugelassen sind. Auch die Postbeamten haben sich dem Ausstand angeschlossen.

Der Präsident des Reichsbürgerrats Dr. Wessel hat dem Berliner Lokalanzeiger zufolge auf Anregung der den bürgerlichen Abwehrstreik führenden Persönlichkeiten an den Reichswehrminister ein Telegramm gesandt, worin er um Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes bittet.

•

Scharfe Kampfansage der Regierung gegen die großagrarischen Bolschewisten.

Nach Erledigung einiger kleinerer Beratungsgegenstände wurde in der Donnerstagssitzung der Preußischen Landesversammlung die förmlichen Anfragen der Deutschnationalen, der Sozialdemokraten und der Unabhängigen zum Landarbeiterstreik besprochen. Unser Genosse Schmidt, der Vorsitzende des Landarbeiterverbandes, schob der Rechten die Verantwortung dafür zu, daß es zum Landarbeiterstreik gekommen sei; habe doch der Pommersche Landbund eine Verständigung mit den Landarbeitern systematisch hintertrieben und es darauf abgesehen, den verhaßten, freigewerkschaftlichen Verband an die Wand zu drücken.

Der Landwirtschaftsminister Genosse Braun wies zunächst den Handgranaten-Sozialismus der kommunistischen Agitatoren scharf zurück. Warm trat er für die wirtschaftliche und soziale Hebung des Landarbeiterstandes ein, deren Vorbedingung die Organisation der Landarbeiter sei. Als der Minister feststellte, daß die Bolschewisten der äußersten Rechten durch ihre Ablehnung des Abschlusses von Tarifverträgen den Wirtschaftsfrieden geradezu sabottierten, erhob sich bei den Deutschnationalen ein ungeheurer Sturm der Entrüstung. Der Minister ließ sich aber dadurch nicht im geringsten beirren und nahm sich nun den Pommerschen Landbund gehörig vor, dessen unsaubere Machenschaften er an der Hand der Ergebnisse von Haussuchungen bei der Landwirtschaftskammer für Pommern nachwies. So teilte der Minister unter anderm mit, daß es diese skrupellosen Herren sogar gewagt hätten, bei Beamten des Landarbeiterverbandes und bei Kommissaren des Ministers Bestechungsversuche zu unternehmen. Dann verteidigte er den Genossen Dr Grimm gegen die Vorwürfe des Abg. v. d. Osten auf dem Deutschnationalen Parteitage und bezeichnete dessen Behauptung direkt als Unwahrheiten. Die Verhängung des Belagerungszustandes hält der Minister für einen großen Fehler, dessen Beseitigung er sofort gefordert habe. Zum Schluß nannte der Minister den Erntestreik Wahnsinn oder Verbrechen und erklärte im Namen der Regierung mit fester Stimme, daß die Ernte, den Bolschewisten von rechts und links zum Trotze, in die Scheune gebracht werden müsse.

Dann rechtfertigte der Abg. v. d. Osten seine Behauptungen über Dr. Grimm. Er berief sich dabei auf Mitteilungen, von deren Glaubwürdigkeit er sich überzeugt haben will. Als er die Aeußerungen Dr. Grimms im einzelnen vorlas, konnte sie die Linke Satz für Satz mit einem lebhaften Sehr richtig! bekräftigen. Das Kernstück der Klage, in der sich Herr v. d. Osten zu verantworten haben wird, wird die Behauptung sein, daß Genosse Dr. Grimm den Landarbeitern geraten habe, sich nicht durch Teilstreiks lächerlich zu machen, sondern mit dem Generalstreik so oft vorzugehen, bis die Junker endlich zu Kreuze kröchen. Der deutschnationale Redner machte dann Ausführungen, die, wenn sie vier Wochen früher ausgesprochen worden wären, und wenn von seinen großagrarischen Freunden danach verfahren worden wäre, den ganzen Streik verhindert hätten.

Genosse Schauer, der die Verhältnisse in Pommern aus persönlicher Erfahrung kennt, führte aus, daß die Vorbedingung für die Beendigung des Generalstreiks in Stettin und Stralsund die Aufhebung des Belagerungszustandes sei. Kriegsminister Reinhardt rechtfertigte mit einigen allgemeinen Redensarten — es fiel ihm offensichtlich sehr schwer — die Verhängung des Belagerungszustandes. Der Demokrat Westermann, ein praktischer Landwirt, sogar Gutsbesitzer, erklärte sich mit den Hauptforderungen der Landarbeiter durchaus einverstanden.

Von weltlichen und geistlichen Dingen.

Aus Weimar wird uns berichtet: In zwei Sitzungen, einer vor- und einer nachmittags, leistete die Nationalversammlung am Donnerstag eine Achtstundenschicht und brachte so die Verfassungsberatung ein erhebliches Stück vorwärts. Zunächst wurden die Restbestimmungen über Ehe, Mutterschaft, uneheliche Kinder ausgearbeitet, ohne daß es leider gelang, gemäß unserm Antrag den unehelichen Kindern in bezug auf Unterhalt, Erziehung, Erbschaft die Gleichstellung mit den ehelichen zu verschaffen. Wo es an den Geldbeutel geht, sind die Bürgerlichen und Kapitalisten der neuen deutschen Republik genau so tüglich geblieben, wie sie es vor der Revolution waren. Aber auch in schönen Worten, die nichts kosten, bringen sie dieselbe Opferfreudigkeit auf wie zuvor, weshalb sie denn auch durch Annahme entsprechender demokratischer Anträge eine Masse hübscher Phrasen über leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten für das uneheliche Kind, Schutz der Jugendlichen gegen sittliche, geistige und körperliche Verwahrlosung sowie über die Gesundung und soziale Förderung der Familien in die Verfassung hereinbrachten.

Eine ausgiebige Debatte wurde durch die Beamtenartikel entfesselt. Im Vordergrund der Aussprache standen außerdem zwei sozialdemokratische Anregungen: auf Beseitigung aller Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte und auf Abschaffung des Schandflecks der Geheimberichte, wie der Postbeamte Genosse Steinkopf diese längst überlebte Einrichtung treffend nannte.

Beide Anregungen wurden angenommen, für deren erste sogar Frau Wende von der Deutschen Volkspartei das Wort ergriffen hatte. Ein Antrag der Unabhängigen, wonach alle Beamten durch Wahl berufen werden sollen, fand keine Mehrheit.

Nunmehr konnte der dritte Abschnitt der Grundrechte in Angriff genommen werden, Religion und Religionsgesellschaften. Unbeschadet des Notkompromisses mit dem Zentrum gab Genosse Dr. Quark unserm Bedauern darüber Ausdruck, daß es nicht gelungen ist, den sozialdemokratischen Grundsätzen bis zur völligen Trennung von Staat und Kirche Geltung zu verschaffen. In desto höheren Tönen jubelte der demokratische Pfarrer Naumann, der kraft seiner mitteleuropäischen Phantasie eine neue Morgenröte des evangelischen Christentums heraufsteigen sieht. In diesen Abendmahlswein goß ihm sein Fraktions- und Berufskollege Pfarrer Ende allerdings eine erhebliche Menge Wasser, denn er erklärte, daß er und viele tausende Pastoren und sonstige bürgerliche Männer und Frauen in dieser Sache nicht bei Naumann stehen, sondern bei den Sozialdemokraten.

Das weltliche Zentrum hat andre Schmerzen: es will im Gegensatz zu dem Antrag der Unabhängigen auf Konfiskation des Kirchenvermögens dieses noch vergrößern, indem es auch aus den Aktiengesellschaften Kirchensteuern herauspressen möchte. Ferner sollen dem Soldaten nach wie vor Garnisonpfarrer und Sondergottesdienste beschert werden und dergleichen, wofür das Reich die Kosten tragen darf.

Die Religion der Zukunft ist die Arbeit, so sagte der unabhängige Abgeordnete Kunert. Aber der Weg zu dieser Religion ist steil und steinig; auch scheint er sehr lang zu sein.

Freier Handel.

Als in Deutschland die Erkenntnis aufdämmerte, daß der Krieg länger dauern würde, wie ursprünglich angenommen, und als sich der Ring der Feinde immer fester um uns schloß, wurde man sich klar, daß das Reich mehr und mehr auf sich allein angewiesen war, und daß die in den Reichsgrenzen vorhandenen Vorräte an Lebensmittelbedürfnissen, wenn nicht der Starke alles an sich raffen durfte, während der wirtschaftlich Schwache darbte, nach einem strengen Rationierungsplan bewirtschaftet werden mußte. Es war das Fundament alles Staatswesens, die Gerechtigkeit, die zu dieser rationierten Wirtschaft führte. Rationierung bedeutet Zwang: für den Produzenten, der seine Produkte zu einem aus der Sachlage gerechtfertigten mäßigen Preise hergeben muß, und für den Konsumenten, der sich nicht mehr aneignen darf, als ihm nach dem Verteilungsprinzip zusteht. So widerspruchslos man das theoretische Prinzip der Gerechtigkeit hinnehmen mußte, so drückend wurde der Zwang in der Praxis empfunden, um so mehr, als sich erst einzelne, dann weitere Kreise skrupellos darüber hinwegsetzten. Die Produzenten lieferten nicht alles ab und machten das Zurückgehaltene gegen hohe Preise zu Geld, und die wohlhabenden Konsumenten suchten hintenherum zu bekommen, was nur erreichbar war. So entwickelte sich ein ebenso blühender, wie heimtückischer Schleichhandel, dessen Verlockungen sowohl bei Produzenten und Konsumenten, als auch im Handel selbst solche Charaktere erlagen, denen man es in Friedenszeiten niemals zugetraut haben würde.

In weiten Kreisen empfand man mit immer stärkerem Wider-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190718/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG